

Mülheim fordert Bund auf: Altschuldenregulierung für finanzielle Freiheit

Mülheims Stadtspitze kritisiert fehlende Altschuldenlösung im Bundeshaushalt 2025. Bundestagsabgeordnete fordern Veränderung.

Mülheim. Die Stadt Mülheim an der Ruhr steht vor einer finanziellen Herausforderung, die nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Bürger betrifft. Bürgermeisterin und Stadtkämmerer fordern von der Bundesregierung eine Lösung für die Altschulden der Kommunen, insbesondere in Zeiten, in denen Investitionen in Bildung und Infrastruktur nötig sind.

Die Dringlichkeit der Altschuldenregelung

Der aktuelle Haushaltsplanentwurf für 2025 zeigt ein ernsthaftes Defizit auf, das die Stadt Mülheim stark belastet. „Die gestrichenen Gelder für die Altschuldenregulierung sind besorgniserregend,“ so Stadtkämmerer Frank Mendack, der das Bund-Land-Ping-Pong als frustrierend empfindet. „Wir brauchen dringend finanzielle Spielräume, um essentielle Zukunftsinvestitionen tätigen zu können.“

Politische Forderungen und Herausforderungen

Der Mülheimer Bundestagsabgeordnete Sebastian Fiedler (SPD) sieht die Altschulden als eines der dringendsten Themen seiner politischen Arbeit. Trotz eines bereits vorliegenden

Bundeskonzepts zur Altschuldenlösung, fordert er mehr Engagement von der Bundesregierung. „Für eine finanzielle Beteiligung des Bundes ist eine Änderung des Grundgesetzes nötig, die nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden kann,“ erklärt Fiedler.

Ein Appell an die Zusammenarbeit

Der Mangel an Zustimmung von Seiten der Union ist ein entscheidendes Hindernis für die Lösung des Problems. „Wir haben deutlich gemacht, dass wir bereit sind, mit der Union zusammenzuarbeiten, um diese existenziellen Fragen für die nordrhein-westfälischen Kommunen anzugehen,“ betont Fiedler. Eine Einigung zwischen Hendrik Wüst und Friedrich Merz ist erforderlich, um Fortschritte zu erzielen.

Auswirkungen auf die Bürger und die Stadt

Die finanzielle Situation hat nicht nur Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt, sondern auch auf die Lebensqualität der Bürger von Mülheim. Eine Altschuldenregulierung könnte der Stadt die Möglichkeit geben, in notwendige Projekte zu investieren, die den Bürgern direkt zugutekommen. Die aktuellen politischen Bemühungen zeigen, dass die Kommunen nicht nur auf sich allein gestellt sind, sondern dass ein Kreis von Verantwortung und Zusammenarbeit nötig ist.

Zusammenfassung der Situation

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ungelösten Altschulden nicht nur ein Finanzproblem darstellen, sondern auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt Mülheim an der Ruhr in Frage stellen. Die Bundestagsabgeordneten stehen in der Verantwortung, sich für eine maßgebliche Lösung einzusetzen. Ein kooperativer Ansatz zwischen Bund, Land und Kommunen könnte der Schlüssel zu einer Verbesserung der finanziellen Situation und damit zu mehr Investitionen in Bildung und

Infrastruktur sein.

Bleiben Sie auf dem Laufenden über die Entwicklungen in Mülheim und abonnieren Sie unseren Newsletter!

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de